

De Block: „KCE hat die Lage in Ostbelgien sehr wohl berücksichtigt“



Grenz Echo - 29 Jan. 2020
Pagina 5

Die von Experten empfohlene Schließung von 17 Entbindungsstationen in Belgien, darunter die des Eupener St.-Nikolaus Hospitals, erregt auch im föderalen Parlament weiter die Gemüter. Nach der Plenarsitzung am 16. Januar wurde Gesundheitsministerin Maggie De Block (Open VLD), die die Schließungen unterstützt, am Dienstag auch im Gesundheitsausschuss der Kammer von mehreren Fraktionen unter Beschuss genommen. Sie habe noch nie erlebt, dass eine wissenschaftliche Studie des KCE derart angegriffen wurde, so De Block. „Es ist nur eine unterstützende Studie, keine politische Entscheidung. Wir werden jetzt sehen, was mit der Analyse des KCE auf dem Terrain passiert.“ Die Ministerin verteidigte abermals die „gründliche Arbeit“ dieses Expertisezentrums, „das einen sehr guten internationalen Ruf genießt“. „Das KCE schlägt auf Basis der Kriterien der Kosteneffizienz und der Zugänglichkeit Lösungen vor, ohne dass die Qualität und Zugänglichkeit der Entbindungsstationen sowie die Wahlfreiheit der werdenden Mütter gefährdet wird“, beteuerte die liberale Politikerin. „Wenn wir kleinere Entbindungsstationen schließen, werden Ressourcen frei, die wir in Engpassbereiche investieren können“, so De Block.

Die ostbelgische Abgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) berichtete im Ausschuss, wie in Ostbelgien die Nachricht von der möglichen Schließung der Eupener Geburtsstation wie eine Bombe eingeschlagen sei. Sie kritisierte, dass das KCE vorab keinen Kontakt mit den betroffenen Krankenhäusern aufgenommen habe und mit seinen Schlussfolgerungen Polemik, Ängste und Panik ausgelöst habe. Die Kriterien für die Analyse seien oberflächlich, so Jadin unter Hinweis auf die maximale Fahrzeit von 30 Minuten bis zur nächsten Entbindungsstation, die bei einer Schließung in Eupen nicht für alle werdenden Mütter der Region zu schaffen sei. Auch unterstrich die liberale Abgeordnete die Bedeutung der deutschen Sprache für die medizinische Versorgung in Ostbelgien. Die spezifische Situation in der deutschsprachigen Region sei nicht berücksichtigt worden.

Die Behörden in Ostbelgien seien sehr wohl über die Arbeit des KCE auf dem Laufenden gewesen, entgegnete De Block und verwies auf das Ministerium der DG, das als Stakeholder in der Studie aufgeführt ist. „Die Experten haben der Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr wohl Rechnung getragen. Für 77.000 Menschen sind drei Krankenhäuser erreichbar.“ Auf den Aspekt der Sprache ging sie mit keinem Wort ein.

Andere Abgeordnete wussten ebenfalls von den Sorgen in ihrem Wahlkreis zu berichten, wo Entbindungsstationen auf der „Abschussliste“ stehen, und hielten nicht mit Kritik hinter den Berg: Die Kriterien seien rein ökonomischer Art; eine Schließung habe eine höhere Arbeitsbelastung in den übrig bleibenden Geburtskliniken sowie eine Zunahme der Kaiserschnitte zur Folge; Frauen würden des Rechts beraubt, nahe ihrer Wohnung entbunden zu werden. „Eine Entbindung ist Teil der lokalen Grundversorgung“, meinte ein SP.A-Abgeordneter, der die Polemik richtigerweise in Zusammenhang mit der dringend notwendigen Reform der Krankenhausfinanzierung brachte. „Man sollte den Karren nicht vor das Pferd spannen. Die Krankenhausfinanzierung ist wie ein Kartenhaus: Man sollte das ganze Konstrukt betrachten und nicht eine einzelne Karte herausziehen.“ (gz)